



[Studienergebnisse](#) [PRESSESCHAU AB 01.01.2008](#) [PRESSESCHAU ab 01.09.2007](#)

[Aktuelles](#)

PRESSESCHAU

[!!NEU!! Downloads](#)

Fortan findet ihr hier immer die aktuellsten Pressemeldungen zur heroingestützten Behandlung.

[Wer wir sind](#)

[Was wir tun](#)

27.06.2007 Land Niedersachsen und Stadt Hannover finanzieren weitere Übergangsphase bis zum 30. Juni 2008

[Was wir wollen](#)

[JES unterstützen](#)

Sozialstaatssekretärin Christine Hawighorst „Wir stehen zur besonderen Verantwortung für Schwerstopiatabhängige aus unserem Modellprojekt“

[Netzwerk](#)

[Regionale Gruppen](#)

Die Finanzierung des Heroinmodellprojektes am Modellstandort Hannover ist bis zum 30. Juni 2008 gesichert.

[Mitmachen](#)

33 betreute Schwerstopiatabhängige erhalten in einer bis zum 30.06.2008 laufenden befristeten Übergangszeit weiterhin Diamorphin auf der Grundlage einer entsprechenden behördlichen Ermächtigung.

[JES NEWSLETTER NEU!!](#)

[Adressen](#)

Die Gesamtkosten der vom 01.01.2007 bis zum 30.06.2008 laufenden Übergangsphase in Höhe von 1,3 Millionen Euro finanziert das Land mit 550.000 Euro, Stadt und Region Hannover mit zusammen 605.000 Euro und der Bund mit 150.000 Euro.

[Galerie](#)

[Drogenkurier](#)

[NEU!!! Termine](#)

Hawighorst stellte für das Land klar, dass das Ziel der Übergangslösung weiterhin die Überführung der Patienten in die Abstinenz oder in eine andere Behandlungsform sei. Walter sagte, die Stadt Hannover würde eine Öffnung des Projektes für neue zusätzliche Teilnehmer begrüßen.

[Rund um die Substitution](#)

[Links](#)

[Gästebuch](#)

Gleichzeitig appellierten Hawighorst und Walter an den Bund, die Zukunft des Heroinmodellprojektes endlich zu klären: „Berlin ist am Zug“. Die eigentliche Modellphase ist bereits am 31.12.2006 ausgelaufen. Die Stadt Hannover und das Land Niedersachsen haben sich seit Januar 2004 an einem Modellvorhaben von insgesamt sieben Großstädten und drei Bundesländern zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger beteiligt. Das Land Niedersachsen hat sich bislang mit rund 2,6 Mio. Euro an der Finanzierung des Modellvorhabens so hoch wie kein anderes Bundesland beteiligt. „Dies aber mit dem Wissen, dass Heroin nie das Mittel der ersten Wahl sein kann“, so Hawighorst: „Beim Modellvorhaben ist immer klar gewesen: Wenn reines Heroin als Arzneimittel verschrieben werden soll, bedarf es bundesgesetzlicher Veränderungen im Betäubungsmittelgesetz, in der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung und im

[Impressum](#)

[Suche](#)

[Photogalerie](#)

[Heroinvergabe NEU!! NEU!!](#)

Arzneimittelgesetz.“

Erst nach einer solchen Gesetzesänderung könnte auch der Gemeinsame Bundesausschuss entscheiden, ob die diamorphingestützte Substitution in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden soll. Denn auch eine künftige Finanzierung der Heroinvergabe müsste gesichert sein. Eine Änderung des Betäubungsmittelrechts ist jedoch auf Bundesebene immer noch nicht zustande gekommen.

Eltern appellieren im Streit um Heroin-Abgabe an Politik

Im Streit um die kontrollierte Abgabe von Heroin haben sich Angehörige von Drogensüchtigen für eine Legalisierung eingesetzt. Der Versuch einer Änderung des Betäubungsmittelgesetzes im Bundestag sei Erfolg versprechend, wenn der Fraktionszwang aufgehoben werde, teilte der Bundesverband der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit am Samstag (23.06.07) in Wuppertal mit.

Der Verband vertritt 400 bis 600 Angehörige von Süchtigen, vor allem aus NRW. Derzeit läuft ein Modellprojekt zur Abgabe von Heroin an Süchtige.

Hessen und Hamburg wollen Gesetz für kontrollierte Heroin-Abgabe

20. Juni 2007

Hessen und Hamburg wollen die in sieben deutschen Großstädten erprobte Behandlung Schwerstabhängiger mit dem synthetischen Heroin-Präparat Diamorphin gesetzlich absichern. Die beiden Länder planen, dazu eine Initiative in den Bundesrat einzubringen. Hessens Sozialministerin Silke Lautenschläger und Hamburgs Gesundheitssenatorin Birgit Schnieber-Jastram (beide CDU) begründeten den Vorstoß am 19. Juni damit, dass die bisher vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte erteilten Ausnahmegenehmigungen für das Projekt lediglich eine Übergangslösung seien

Lautenschläger und Schnieber-Jastram betonten zugleich, dass das seit 2002/2003 unter anderem in Hamburg und Frankfurt am Main laufende Modellprojekt beachtliche Erfolge erzielt habe. Durch die Diamorphin-Behandlung seien Opiatabhängige erreicht worden, bei denen alle andere Therapiemaßnahmen versagt hätten.

Eine gesetzliche Regelung für die Diamorphin-Abgabe sei zwingend erforderlich, um einheitliche Qualitätsstandards bei der Behandlung zu ermöglichen, hieß es. Nach den Vorstellungen Hessens und Hamburgs soll die Diamorphin-Abgabe eng begrenzt und zudem streng kontrolliert werden. Uneingeschränktes Behandlungsziel müsse sein, die Abhängigen schrittweise von Drogen loszubekommen.

Die Gesetzesinitiative der beiden Länder soll möglichst in der ersten Sitzung des Bundesrats nach der Sommerpause behandelt werden.

Frankfurt gibt weiter Heroin ab 26.04.07

Genehmigung für 150 Klienten bis zum Jahr 2010

Die Stadt Frankfurt kann weiterhin synthetisches Heroin an Schwerstabhängige abgeben. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte in Bonn habe eine Ausnahmegenehmigung bis 30. April 2010 erteilt, berichtet die Stadt. Der Versuch könne mit bis zu 150 Klienten fortgesetzt werden. Bisher sind 59 Süchtige in dem Frankfurter Modellprojekt. Gesundheitsdezernentin Manuela Rottmann (Grüne) sagte, die Heroinambulanz sei zwar vorerst gesichert, doch sei nach wie vor eine gesetzliche Regelung der Heroingabe in Deutschland nötig.

Frankfurt nimmt mit sechs anderen Städten (Hamburg, Hannover, Köln, Bonn, Karlsruhe und München) an dem Modellprojekt zur Abgabe von Heroin an Süchtige teil. Die 59 Abhängigen sind seit 2003 in Behandlung. Das Projekt wäre zur Jahresmitte ausgelaufen.

Das synthetische Heroin werde wie bisher nur an Schwerstabhängige abgegeben, die mindestens seit fünf Jahren Drogenkonsumenten und 23 Jahre alt sind. Gesundheitsdezernentin Rottmann sagte, das Bundesinstitut habe mit der Ausnahmegenehmigung "erstmalig festgestellt, dass die Vergabe von Diamorphin als Arzneimittel im öffentlichen Interesse liegt". Die Abgabe des synthetischen Heroins sei "für eine bestimmte Gruppe von Patienten alternativlos".

Deshalb sei dringend eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene nötig. "Denn die Lasten dürfen nicht nur bei den Kommunen abgeladen werden", sagte Rottmann. Sie mahnte auch eine Bundesratsinitiative an, die Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust und Hessens Ministerpräsident Roland Koch (beide CDU) vor einigen Wochen angekündigt hätten.

Heroingabe in Frankfurt für weitere drei Jahre

Manchmal überschlagen sich die Ereignisse - so gestern, als fast gleichzeitig in Frankfurt und Bonn die Fortführung der Heroingabe behandelt wurde. Während Gesundheitsdezernentin Manuela Rottmann (Die Grünen) in Frankfurt noch aufgebracht verkündete, dass sie das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte verklagen werde, weil es den Antrag der Stadt auf Fortsetzung der Heroingabe nicht fristgerecht beschieden habe, gab die Behörde in Bonn bekannt, noch Ende des Monats werde Frankfurt eine positive Antwort übermittelt.

Die 59 Patienten, die an der Grünen Straße Heroin erhalten, können also aufatmen. Ihre Behandlung, die Ende Juni auszulaufen drohte, darf, wenn den Worten tatsächlich Schriftstücke folgen, drei weitere Jahre fortgesetzt werden. Zusätzlich kann die Zahl der Süchtigen, die Heroin auf Rezept bekommen, auf 150 erhöht werden.

Weiterhin psychosoziale Betreuung

Das aber erfuhr Rottmann telefonisch erst gegen Mittag von der Leiterin des Drogenreferats, Regina Ernst. Sie hatte an einem Treffen mit Vertretern des Bundesgesundheitsministeriums, des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte sowie Vertretern der am Bundesmodellprojekt beteiligten Städte und Länder in Bonn teilgenommen und anschließend von der Zusage berichtet. An der Untätigkeitsklage? beim Verwaltungsgericht Köln ändere das positive Signal zunächst aber nichts, sagte Rottmanns Sprecher Wulfila Walter. Denn noch habe man nichts schwarz auf weiß, und man wolle auf keinen Fall Zeit verlieren.

Sollte sich die Ankündigung jedoch bewahrheiten, werde die Klage zurückgezogen. Dann sind wir schon sehr zufrieden. Für Rottmann allerdings ist das nur der halbe Weg, wie sie am Vormittag geäußert hatte. Ihr Ziel sei es, eine dauerhafte gesetzliche Regelung und eine finanzielle Beteiligung der Krankenkassen zu erreichen. Nun sollte die Stadträtin nicht allzu ungeduldig sein. Denn falls sich die Erfolge der Diamorphinvergabe bei einem bestimmten Kreis Schwerstabhängiger auch in den nächsten drei Jahren bestätigen und diese Behandlung sich als Ausstiegshilfe bewährt, wird sie sich auch etablieren. Allerdings muss die psychosoziale Betreuung dann weiterhin auf dem jetzigen hohen Niveau bleiben, die Droge darf nicht leichtfertig und großzügig unter Rauschgiftsüchtigen verteilt werden.

Muster für die anderen Städte

Rottmann versicherte, die für das Bundesmodellprojekt gültigen Zugangskriterien blieben bestehen: Die Teilnehmer müssten **mindestens 21 Jahre alt und seit mindestens drei Jahren süchtig sein, mindestens zwei abgebrochene Therapieversuche hinter sich haben und unter schweren psychischen oder körperlichen Erkrankungen leiden**. Einen flächendeckenden Bedarf für solche Ambulanzen in der gesamten Bundesrepublik? gebe es nicht. Der in Aussicht gestellte Bescheid für Frankfurt sei eine Art Muster für die anderen am Bundesmodellversuch beteiligten Städte, aber für diese nicht rechtswirksam, sagte Rottmann weiter. Auch fürchteten die anderen Städte, dass Landesmittel ausbleiben könnten. Das Land Hessen jedoch habe für dieses Jahr eine Unterstützung von 100.000 Euro zugesagt, im städtischen Haushalt 2007 seien 1,5 Millionen Euro eingestellt. Das reicht nach Einschätzung Rottmanns, um den Originalstoff an 150 Süchtige abzugeben. Die Dezernentin glaubt, dass die

meisten der 100 Patienten, die derzeit an der Grünen Straße Methadon bekommen, zu Heroin wechseln werden.
Für Frankfurts Bürger wird das vermutlich von Vorteil sein. Viele Süchtige erklären es mit einer ?Nadelgeilheit? und dem Wunsch nach einem Kick, warum sie sich trotz Methadon, das die Entzugerscheinungen eindämmt, weiterhin illegale Drogen beschaffen. Das wiederum geht meist mit Beschaffungskriminalität einher. Auch eine verantwortungsvoll gehandhabte Heroinvergabe kann weder die schätzungsweise 4000 Rauschgiftsüchtigen aus Frankfurts Stadtbild verschwinden lassen noch garantieren, dass sich alle Teilnehmer gesetzestreu verhalten. Doch lassen die Studienergebnisse die Hoffnung zu, dass die zusätzliche Behandlungsmöglichkeit einigen Menschen den letzten Ausweg aus der Sucht eröffnet.

12.04.07 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Drogenbeauftragte begrüßt neue Ausnahmegenehmigung für Heroinprojekt

Die Bundesdrogenbeauftragte Sabine Bätzing (SPD) hat die neue Ausnahmegenehmigung für das Heroinprojekt in Frankfurt am Main begrüßt. Sie teile die Auffassung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte, dass eine Behandlung mit dem synthetischen Heroin Diamorphin den schwerstabhängigen Patienten aufgrund der geltenden Rechtsprechung nicht verweigert werden könnte, erklärte Bätzing am Freitag in Berlin.

Allerdings könne die Ausnahmegenehmigung nur eine Art Brückenlösung sein.

Eine gesetzliche Regelung der Heroinvergabe auf Rezept sei weiter dringend erforderlich.

13.04.07 Die Rheinpfalz